

KOMMENTARE

Insolvenz von Air Berlin

Siechtum findet jähes Ende

Wolfgang Mulke, Berlin



Die Insolvenz der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin kommt nur vom Zeitpunkt her überraschend. Denn noch vor wenigen Monaten hatte der Großaktionär und Finanzier des Unternehmens, Etihad, sein finanzielles Engagement für die Berliner noch einmal bekräftigt. Doch nun hat die arabische Fluggesellschaft sich doch für ein Ende mit Schrecken entschieden, um ein Schrecken ohne Ende zu verhindern. Weit mehr als eine Milliarde Euro hat das Unternehmen aus Abu Dhabi in Berlin versenkt.

sie ihre Unternehmenssitze hat, nach einer staatlichen Bürgschaft vor. Der Bund hat klar gestellt, dass eine Unterstützung dieser Art nur bei einem vorliegenden Konzept für eine erfolgreiche Sanierung gewährt werden kann. Das war im Juni noch nicht der Fall. Das hat sich inzwischen geändert, glaubt man den beteiligten Ministerien.

Alles andere als ein Einstieg der Lufthansa beim früher einmal größten nationalen Konkurrenten wäre eine Überraschung. Auf den Verlusten bleibt Etihad wohl sitzen. Auch kartellrechtliche Bedenken bei einer Übernahme sieht das Bundesverkehrsministerium nicht. Tatsächlich ist der Branchenprimus auch nach dem Ende von Air Berlin nicht allein am Markt.

Diese Erwägungen werden bei der Entscheidung der Bundesregierung eine wichtige Rolle gespielt haben. Im Idealfall kann sowohl die Feriensaison geordnet abgewickelt werden als auch ein großer Teil von Air Berlin weiter bestehen. Das rechtfertigt die Hilfe, zumal der Überbrückungskredit durch Vermögenswerte von Air Berlin abgesichert ist. Die Urlauber können die Ferien weiter genießen und den Beschäftigten bleibt die Hoffnung auf einen Neuanfang.

Einiges spricht dafür, dass das Engagement auch wirtschaftlich vernünftig ist. Denn ganz so überraschend kann die jüngste Entwicklung für die Regierung nicht gekommen sein. Schon im Frühsommer fühlte Air Berlin im Wirtschaftsministerium und bei den Bundesländern, in denen

wolfgang.mulke@
ihr-kommentar.de
Wirtschaft

Die NRW-Kommunen und ihre Finanznöte

Sorgenvoller Blick nach Düsseldorf

Lothar Schmalen

Steigende Sozialausgaben, immer teurer werdende Kinderbetreuung, zusätzliche Kosten durch erneute Veränderungen in der Schullandschaft – die Sorgenfalten der Kämmerer in vielen NRW-Rathäusern sind nicht kleiner geworden. Auch wenn die Steuereinnahmen wegen der erfreulichen Konjunkturlage sprudeln.

ist, ist ungewisser denn je. Denn die Antworten der zuständigen Ministerien in Düsseldorf auf die immer drängender werdenden Fragen der Kommunen bleiben aus. Wie viel Geld gibt es denn nun als Sofortrettung für die Kindergartenträger? Wie sieht die Finanzierung der Kitas langfristig aus? Zahlt das Land die Mehrkosten, die durch die Rückkehr zu G9 an den Gymnasien entstehen, komplett? Wie hält es die neue Landesregierung mit dem kommunalen Stärkungspakt, auf den die schwachen Kommunen so sehr angewiesen sind?

Es ist kein gutes Zeichen, dass die neue Landesregierung alle diese Fragen erst im Zuge der Haushaltsberatungen nach der Sommerpause, spricht: nach der Bundestagswahl, beantworten will.

Ob von der neuen Landesregierung in diesen schwierigen Zeiten Hilfe zu erwarten

lothar.schmalen@
ihr-kommentar.de
Titelseite



Beratungsgespräch: Ein Kunde geht durch die Tür des Jobcenters Erfurt. FOTO: DPA

Grüne fordern neue Job-Impulse

Tagesthema: Die Langzeitarbeitslosigkeit wird Wahlkampfthema. SPD und CDU tun sich schwer

Von Matthias Bungeroth

■ Bielefeld. Knapp eine Million Menschen waren im Durchschnitt des vergangenen Jahres Langzeitarbeitslos. Das sagt die Bundesagentur für Arbeit (BA) in ihrer offiziellen Statistik. Darüber, wie man diese Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingliedern kann, ist im Bundestagswahlkampf ein heißer Schlagabtausch zwischen den Parteien entstanden.

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) warf Finanzminister Wolfgang Schäuble vor, die Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im kommenden Jahr zu kürzen (s. Infokasten). Schäuble wies dies brüst zurück: „Ich bin doch nicht völlig dement“, sagte der CDU-Politiker. Der Etat sei in Abstimmung mit der SPD verabschiedet worden. Berücksichtige man die sinkende Zahl der Leistungsberechtigten, stünden pro Kopf sogar mehr Mittel zur Verfügung.

Ein Streit, der nach Ansicht von Experten sowie den Grünen am Kern des Problems vorbeigeht. „Es gibt fast keine Förderprogramme mehr“, beklagt Anke Schmidt, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Bielefelder Beschäftigungsinitiativen (AGBI), mit Hinblick auf die ihrer Ansicht nach fehlenden Instrumente, mit denen man Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung bringen könnte. „Langzeitarbeitslose finden nicht statt in der Politik“, kritisiert Schmidt.

Doch die Chancen „sind so gut wie noch nie, dass die Leute im ersten Arbeitsmarkt ankommen, wenn man ihnen Schützenhilfe gibt“, sagt die AGBI-Chefin. Gleiches gelte darüber hinaus für Förderung der überbetrieblichen Ausbildung von Flüchtlingen.

Auch Britta Haßelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, fordert von den großen Parteien einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik. „Wir brauchen mehr Geld für die Förderung und Qualifizierung und einen verlässlichen, sozialen Arbeitsmarkt“, so die Bielefelder Bundestagsabgeordnete auf Anfrage dieser Zeitung.

„Union und SPD haben sich vier Jahre nicht um langzeitarbeitslose Menschen gekümmert“, kritisiert Haßelmann. „Wir brauchen keine Sonntagsreden und leere Versprechungen von Merkel und Nahles dazu“, fügt sie hinzu. Ihr konkreter Vorschlag zur Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit sieht so aus: „Wir können die Mittel, die in Sozialleistungen fließen in einen sozialen Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen umlenken.“

So viel Geld fließt

- ◆ Im Entwurf des Bundeshaushalts sind für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für das kommende Jahr 4,185 Milliarden Euro eingeplant.
- ◆ Das sind 258 Millionen Euro weniger als 2017.
- ◆ Bei den Verwaltungskosten für die staatliche Grundsicherung Hartz IV sind für 2018 noch 4,55 Milliarden Euro vorgesehen.
- ◆ 2016 waren dafür etwa 5,13 Milliarden Euro ausgegeben worden, für das Jahr 2017 sind 4,4 Milliarden Euro veranschlagt. (AFP)

Italienische Mafia auch in Deutschland

■ Berlin (AFP). Die Zahl der den Sicherheitsbehörden bekannten Mitglieder der italienischen Mafia in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Sie stieg von 2008 bis Juni 2017 von 136 auf 562, wie der Spiegel schrieb. Das entspreche in etwa einer Vervielfachung. Besonders deutlich nahm demnach die Zahl der Mitglieder der Mafia-Organisationen Cosa Nostra und 'Ndrangheta zu.

Im Fall der sizilianischen Cosa Nostra stieg sie seit 2008 um 520 Prozent auf heutzutage 124, im Fall der kalabrischen 'Ndrangheta um 455 Prozent auf 333. Das italienische organisierte Verbrechen ist in verschiedenen Gruppen organisiert. Mafia ist nur ein Sammelname.

17 Tote bei Angriffen auf UN-Lager in Mali

■ New York/Bamako (dpa). UN-Generalsekretär António Guterres hat die Angriffe auf UN-Friedenstruppen im westafrikanischen Staat Mali mit 17 Toten scharf verurteilt. Er betonte, dass Angriffe auf UN-Friedenstruppen nach internationalem Recht als Kriegsverbrechen gelten könnten. Am Montagabend hatten Unbekannte das Hauptquartier der UN-Mission in Timbuktu im Norden des Landes angegriffen. Dabei seien insgesamt 13 Menschen umgekommen.

Bei einem weiteren Angriff auf einen UN-Stützpunkt in Douentza sind vier Menschen getötet worden. Die UN sprach von „Terroranschlägen“. Der Blauhelm-Einsatz in Mali ist derzeit die gefährlichste UN-Mission.

Twesten wollte in Bremen Karriere machen

■ Bremen (dpa). Die niedersächsische Landtagsabgeordnete Elke Twesten hat sich vor ihrem Wechsel von den Grünen zur CDU als Landesfrauenbeauftragte in Bremen beworben, den Posten aber nicht bekommen. „Die Aufgabe hätte sehr gut zu mir gepasst“, sagte Twesten. Die Wahl fiel auf eine andere Kandidatin. Auf die Frage, ob eine Zusage für den Job einen Wechsel zur CDU verhindert hätte, sagte Twesten: „Das ist rein spekulativ.“

Direktor der Welthungerhilfe unter Opfern

■ Bonn (epd). Bei dem mutmaßlichen Terroranschlag in Burkina Faso ist der Landesdirektor der Deutschen Welthungerhilfe getötet worden. Der einheimische Tierökonom und Klimafachmann Isidore Zongo (55) war seit 2011 für das Hilfswerk tätig. Bei dem Anschlag in der Hauptstadt Ouagadougou wurden laut Regierung 20 Menschen getötet. Die Welthungerhilfe bezeichnete den Tod Zongos als großen Verlust.

Taliban schreiben offenen Brief an Trump

■ Kabul (rtr). Die radikalislamischen Taliban haben US-Präsident Donald Trump in einem offenen Brief aufgefordert, die amerikanischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen. „Wir haben registriert, dass Sie die Fehler ihrer Vorgänger erkannt haben und Ihre neue Strategie in Afghanistan gründlich überdenken“, schrieben sie. Derzeit arbeitet die US-Regierung an einer Strategie, die eventuell die Entsendung von weiteren 4.000 Soldaten vorsieht.

PERSÖNLICH



Howard Lam (42), Hongkonger Bürgerrechtler, ist festgenommen worden. Dem Mitglied der chinakritischen Demokratischen Partei wird „Irreführung“ der Polizei vorgeworfen. Er habe „falsche Angaben“ zu seiner mutmaßlichen Verschleppung durch chinesische Agenten gemacht. Lam hatte darüber vergangene Woche berichtet. FOTO: AFP



Barnaby Joyce (50), Australiens Vize-Premierminister, verzichtet auf seine neuseeländische Staatsangehörigkeit, um eine Regierungskrise abzuwenden. Laut Gesetz dürfen australische Abgeordnete keine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen. Joyce hatte erst in der vergangenen Woche von seiner zusätzlichen Staatsangehörigkeit erfahren. FOTO: RTR



Ihre Meinung interessiert uns!

Per Post:
Chefredaktion
Niederstr. 21–27
33602 Bielefeld

Per E-Mail
redaktion@nw.de

Im Netz
nw.de

In sozialen Netzwerken:
facebook.com/
neuestfaelische
twitter.com/nwnews

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Bitte geben Sie Namen und Anschrift an.

Karikatur



„...auch die Euro-Milliarden vom Draghi!“

ZEICHNUNG: HORST HAITZINGER

Ihre Meinung

Milliarden fehlen

Zu „Zukunft der Kindergärten“

Als Erzieher in einer Kita habe ich die Äußerungen zur Zukunftsfähigkeit von Kindergärten mit Interesse gelesen. (...) Vergessen zu erwähnen hat Herr Stamp, dass diese Not entstanden ist durch die Neuregelungen im Kinderbildungsgesetz Kibiz, 2008 vom jetzigen Ministerpräsidenten Herr Laschet eingeführt, der damals als Minister zuständig und federführend war. Ich halte es für selbstverständlich, dass solche Fehler korrigiert werden. Eine Entschuldigung und Eingeständnis des eigenen Fehlverhaltens würde Herrn Laschet gut zu Gesicht stehen. (...) Das Thema „Finanzierung von Kindertagesstätten“ gehört eigentlich in den Bundestagswahlkampf, weil der Bund nämlich richtig viel Geld für

zusätzlicher Personal zur Verfügung stellen muss, nicht nur in NRW. Da geht es nicht um einen ordentlichen dreistelligen Millionenbetrag, sondern um Milliarden, was die Länder und Kommunen nicht leisten können! Richard Elverich 33790 Halle

Ständiges Problem

Zu „Aggressivität im Verkehr“

Die Fahrzeuge werden stärker und schneller, einschließlich der Fahrräder. Zeitdruck bestimmt sehr oft das Verhalten und dann noch unter allen Umständen unfallfrei unterwegs zu bleiben, ist eine Herausforderung. Der gerecht zu werden, bleibt für 18- bis 90-jährige Verkehrsteilnehmer ein ständiges Problem. Bei allem kommt hinzu, dass jeder das Verhalten der anderen als böse beurteilt und meint, er selber

fahre vorbildlich, habe immer „alles im Griff“. Ist aber nicht so, leider.

Tassilo Hardung
33332 Gütersloh

Stimmungsmache

Zu „Mahnfeuer gegen Wölfe“

Da wird im Vorfeld versucht, Stimmung gegen den Wolf, der in unserer Gegend nur einige Mal gesichtet wurde, zu machen. (...) Sehr viel wichtiger wäre es, gegen das unsägliche Leid unserer Haustiere, Geflügel, Schweine, Rinder usw., die jeden Tag zu Tausenden auf grausame Weise getötet werden, um unseren Fleischbedarf zu decken, zu protestieren. Woher nimmt sich der Mensch das Recht zu entscheiden, welche Tiere bei uns einwandern bzw. leben dürfen?

Robert Schulze
33604 Bielefeld